

VERBUND-Standpunkt

Klimaschutz: gesellschaftlich notwendig, ökonomisch zielführend

VERBUND unterstützt ambitionierte Klimaschutzziele auf globaler, europäischer sowie nationaler Ebene und tritt für wirkungsvolle Instrumente zur Senkung der Treibhausgasemissionen ein. Mit seinem fast 100 Prozent CO₂-freien Stromerzeugungsportfolio und weiteren Klimaschutzaktivitäten zählt VERBUND zu den Besten in der Energiebranche.

Ausgangslage und Zielsetzung

Das 2015 in Paris unterzeichnete UN-Klimaschutz-Abkommen gibt den weltweiten Rahmen für eine erneuerbare Energiezukunft vor, um das Langfristziel der Begrenzung der globalen Erwärmung zu erreichen. Die Europäische Union hat die Zielsetzung der CO₂-Reduktion von mindestens 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 verankert. Die EU-Mitgliedstaaten und somit auch Österreich haben sich mit der Ratifizierung des UN-Klimaschutzabkommen zu ihrem Beitrag zur Zielerreichung verpflichtet.

Klimaschutz – globale Zielsetzung, die regionales Handeln erfordert.

Europa muss die Dekarbonisierung intensivieren

Um die Ergebnisse der Weltklimakonferenz von Paris in der europäischen Energie- und Klimapolitik zu berücksichtigen, muss das EU-Regelwerk in diesem Bereich angepasst werden. Dazu hat die Gemeinschaft für 2030 das Reduktionsziel für die Grünhausgasemissionen auf 40 % (gegenüber 1990) gelegt und weil gleichzeitig sowohl das RES-Ziel auf 32 % als auch das Effizienzziel auf 32,5 % hinaufgesetzt wurden, strebt der Energiekommissar nun sogar ein CO₂-Reduktionsziel von 45 % an.

EU-Emissionshandel als das zentrale Leitinstrument stärken.

Folge eines lange bestehenden Überangebots an CO₂-Zertifikaten im Markt war ein extrem niedriger CO₂-Preis, womit das ETS seine Lenkungswirkung in Richtung CO₂-armer Technologien nicht entfalten konnte. Die im November 2017 beschlossene Reform des Emissionshandels sowie die bereits davor eingeführte Marktstabilitätsreserve zeigen aber Wirkung. Zwischenzeitlich hat der Zertifikatepreis bereits erheblich angezogen. Nichtsdestotrotz muss das EU-Emissionshandelssystem als zentrales Leitinstrument für den Klimaschutz und eine langfristige kosteneffiziente Dekarbonisierung weiter gestärkt werden, sei es in Form eines CO₂-Mindestpreises auf Gemeinschafts- oder zumindest regionaler Ebene, durch Ausweitung auf bis dato nicht erfasste Wirtschaftssektoren, oder auch durch sog. CO₂-content border adjustment measures. Dabei ist jedenfalls sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf carbon leakage Sektoren berücksichtigt werden.

Trotz jüngstem Preisanstieg bei CO₂-Zertifikaten sind weitere Maßnahmen zur langfristigen, kosteneffizienten Dekarbonisierung notwendig.

Österreichische Zielsetzungen im Klimaschutz langfristig ausrichten

Mit der im Frühjahr 2018 angenommenen Klima- und Energiestrategie #mission2030 hat die österreichische Bundesregierung ambitionierte nationale Ziele für 2030 festgelegt. Im non-ETS Bereich soll der Treibhausgasausstoß um 36 % (gegenüber 2005; dies entspricht den EU-Vorgaben) reduziert werden und bis 2050 wird eine völlige Dekarbonisierung des Energiesystems angepeilt, was auch eine fossil-freie Mobilität umfasst. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch soll 2030 bei 45-50 % liegen und die Stromerzeugung soll zu 100 % grün (national bilanziell) sein. Die Primärenergieintensität Österreichs soll um 25-30 % geringer sein als 2015 und 1200 PJ nicht überschreiten. Der

Kopplung der Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude/Wärme und Industrie gepaart mit einer zunehmenden Substitution fossiler Energie durch Strom aus erneuerbaren Energien wird bei der Dekarbonisierung eine Schlüsselrolle zukommen.

Mehr Strom aus Erneuerbaren als Schlüssel zur Zielerreichung

Mit dem Vorschlag "Empowering Austria", der Stromstrategie von Oesterreichs Energie, wurde aufgezeigt, dass durch den verstärkten Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien in den Verbrauchssektoren Mobilität, Wärme und Industrie die CO₂-Emissionen signifikant reduziert, die Energieeffizienz erhöht, Importabhängigkeit von fossiler Energie reduziert und der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt werden kann.

Um die angestrebten 100 % RES-Anteil an der Stromerzeugung bis 2030 zu erreichen, müssen laut einem Gutachten der Austrian Energy Agency für Oesterreichs Energie aus dem Jahr 2018 rund 35 TWh Grünstrom zusätzlich erzeugt werden. Aktuelle Studien zeigen, dass für die Wasserkraft das inländische Ausbaupotential zwar bei 11 TWh liegt, mehr als 6-8 TWh bis 2030 aber nicht realistisch sind. Für Wind liegt die Latte bei zusätzlichen 15 TWh (derzeit 6 TWh) und für die PV bei 14 TWh (derzeit 1 TWh). Dieser Ausbaubedarf ist ambitioniert und kann nur erreicht werden, wenn das Marktumfeld und die energiepolitischen Rahmenbedingungen dies auch ermöglichen.

Optionen für Anreizmechanismen beim Erneuerbaren-Ausbau

Ein effektiver CO₂-Preis als zentrales Lenkungsinstrument zur Dekarbonisierung und zum Ausbau erneuerbarer Energieträger ist aus VERBUND-Sicht das bevorzugte Instrument. Das Klimaschutzziel steht dabei im Fokus, erneuerbare Energien werden als Mittel zum Zweck forciert und deren Refinanzierung am Markt unterstützt.

- Das CO₂-Preisniveau hat sich zuletzt zwar verbessert, ist aber immer noch zu gering, um eine nachhaltige Investitionssteuerung in Richtung Dekarbonisierung zu gewährleisten. Unterstützende Maßnahmen, wie die Einführung eines europaweiten CO₂-Mindestpreises im Stromsektor oder auf den CO₂-Verbrauch abstellende Kosteninstrumente bei Importen aus Drittstaaten, könnten hier unterstützend wirken.
- Bis ein CO₂-Preis in entsprechender Höhe erreicht ist, erfordert der angestrebte Ausbau der Erneuerbaren-Stromerzeugung bis 2030 den Einsatz alternativer Instrumente, wie Investitionszuschüsse oder eine Marktprämie.
- Für VERBUND steht im Vordergrund, dass ein signifikanter Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung bis 2030 volkswirtschaftlich effizient und zu fairen Wettbewerbsbedingungen erfolgen sollte. Konkret bedeutet dies: 1) "level-playing field", 2) Kosteneffizienz z.B. durch wettbewerbliche Vergabe/Ausschreibung und 3) einheitliche Instrumentenwahl.

Ein Investitionsschwerpunkt auf erneuerbare Energien sollte auf Basis fairer Wettbewerbsbedingungen heimische Wertschöpfung schaffen, wertvolle Arbeitsplätze sichern und gleichzeitig die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.

Gemeinsame Positionen mit Umweltorganisationen

VERBUND engagiert sich auch in einem Dialog mit Umweltorganisationen für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik. Energie- und Klimapolitik werden dabei aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung als politische Kernaufgabe definiert. Heruntergebrochen auf die Stromwirtschaft bedeutet dies, dass ein neues Strommarktdesign erforderlich ist, das langfristig Versorgungssicherheit gewährleistet, Kostenwahrheit herstellt, zu den notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien führt, um so zur Erreichung der Klimaszustiele beizutragen. Nur über den ökonomischen Anreiz können die Ziele volkswirtschaftlich effizient erreicht werden

VERBUND-Strategie unterstützt den Klimaschutz

VERBUND ist auf den Weg zu einem 100% CO₂-freien Stromerzeuger und unterstützt auch als verlässlicher Netzbetreiber und kundenorientierter Lösungsanbieter den Klimaschutz. Beim jährlichen Klimarating der internationalen gemeinnützigen Organisation CDP (Carbon

Forcierung erneuerbarer Energien
möglichst volkswirtschaftlich effizient
und zu fairen Wettbewerbsbedingungen.

VERBUND ist Vorreiter im Klimaschutz.

Stromstrategie von Oesterreichs Energie
zeigt Potentiale auf.

Disclosure Project) erzielt VERBUND seit Jahren Spitzenplätze. 2017 zählte VERBUND sowohl in der Energiebranche in der D-A-CH-Region als auch in Österreich zu den fünf besten Unternehmen.

Um bei Jugendlichen verstärkt Bewusstsein für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu schaffen, hat VERBUND das Bildungsprojekt „Klimaschule“ gemeinsam mit dem Nationalpark Hohe Tauern umgesetzt, in dem die Thematik Klimawandel zielgruppengerecht mit den Jugendlichen erarbeitet wird.

Fazit

VERBUND setzt sich für einen ambitionierten Klimaschutz mit wirkungsvollen, einheitlichen Instrumenten ein. Ein CO₂-Mindestpreis im Stromsektor im Rahmen des EU-Emissionshandels wäre ein klares Signal für die Stärkung dieses marktwirtschaftlichen Instruments. Bis zur Realisierung eines starken CO₂-Instruments sollte die noch erforderliche Forcierung erneuerbarer Energien so marktbasierend wie möglich erfolgen.